



AFRIKA/SÜDSUDAN - Präsident Kiir fordert von 75 Beamten „Rückerstattung von hinterzogenen Geldern in Höhe von 4 Milliarden Dollar“

Juba (Fidesdienst) – Das Parlament des Südsudan billigte eine Resolution, mit der 75 Beamte vorübergehend ihres Amtes enthoben werden. Gleichsam fordert Staatspräsident Salva Kiir von diesen Beamten die Rückerstattung von hinterzogenen staatlichen Geldern in Höhe von 4 Milliarden Dollar. Die Amtsenthebung wird bis zu einem Gerichtsurteil gültig sein, das über die Schuld oder Unschuld dieser Beamten entscheidet. Am 4. Juni wurden die Inhalte der Resolution veröffentlicht ohne dabei die betroffenen Beamten namentlich zu nennen. Dabei wurde eine Amnestie im Falle der Rückerstattung der hinterzogenen Gelder in Aussicht gestellt.

„Nach Schätzungen fehlen in den Staatskassen insgesamt 4 Milliarden Dollar, so der südsudanesische Staatschef, „die wahrscheinlich von noch arbeitenden oder pensionierten Beamten und korrupten Individuen mit engen Verbindungen zu Staatsbeamten hinterzogen wurden. Ein Großteil dieser Gelder wurde aus dem Land geschafft und auf ausländischen Konten deponiert. Andere wurden für den Kauf von Eigentum benutzt, wobei oft in bar bezahlt wurde“.

Die Veröffentlichung des Dokuments führte in dem erst seit kurzem unabhängigen Land mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu eine öffentlichen Debatte. Einige der verdächtigten Beamten nannten öffentlich die eigenen Namen und betonten ihre Unschuld. Bereits im Januar hatte Präsident Kiir um die Unterstützung der zuständigen Behörden in den USA und anderen afrikanischen Ländern bei der Rückerstattung der aus den südsudanesischen Staatskassen hinterzogenen Gelder gebeten. (LM) (Fidesdienst, 13/06/2012)